

# Der Maler

## Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Gründet Sonnabend  
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 A

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10  
Telefon: Nordsee 6246

Postkonten:  
Verbandsverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

### Die Einzeichnungslisten für das Volksbegehren über die Enteignung der Fürstenvermögen liegen nur bis zum März auf. Rein Kollege darf die Eintragung versäumen!

#### Eine gewerkschaftliche Pflicht!

einmal richten wir an unsere Mitglieder den Appell, in dem Kampf für die Enteignung der Fürsten ihre Pflicht zu tun.

Gewerkschaften haben ein eminentes Interesse daß die Eintragung zum Volksbegehren, die am 1. März ihren Abschluß findet, ein durchschlagender Erfolg ist. Die Forderungen der Arbeiterschaft auf Besserung des Lohns, auf Beseitigung der Arbeitslosigkeit, auf Rückgewinnung des verlorenen Reiches, auf Beseitigung der Inflation ist das aus den Groschen der Arbeitergehälter, die die Sozialversicherung, die die Krankenversicherer zum Teufel gegangen. Die Arbeiter werden heute mit erbärmlichen Summen abgefunden. Den ehemaligen Fürsten aber will man nicht die Hälfte des deutschen Volkvermögens, sondern noch standalose hohe Renten zubilligen. Alles geschieht oder soll geschehen unter dem Vorwand formalen Rechts. Es ist kein Recht, eine schreiende Ungerechtigkeit, wenn alte und Angestellte, die ihr ganzes Leben bei hartem und anstrengender Arbeit ihre Kräfte verbraucht haben, nun Hungerlücke nagen müssen, während die ehemaligen Fürsten und ihre Wärtressen, die das deutsche Volk ausgeplündert und geplündert haben, dafür auch noch mit Milliarden belohnt werden sollen.

Es geht kein Tag, ohne daß die Unternehmer und die deutsche Arbeiterschaft vorrechnen, wie groß das Verbrechen in Deutschland ist, wie schwer die Last auf Deutschland drückt. Von der Reparationsfrage, die die Kriegsverlierer von Gottes Güte dem deutschen Volke aufhalsen wollen, ist keine Rede. Wenn man der deutschen Arbeiterschaft einguredet, daß sie sich infolge des verlorenen Krieges einreden und mit einer armeneligen Lebensbedingung begnügen müsse, wie will man es ihr klarmachen, daß die deutsche Volk trotz dem noch so reich ist, um den ehemaligen Hohenzollern Milliardenbesuche zu machen? Strauß- und Schlotzunker lassen durch ihre Spießhütten ausrechnen, daß der Grund und Boden des Reiches für seine Bevölkerung nicht ausreichend ist. Wenn man den ehemaligen Fürsten zu ihrem gestohlenen ungeheuren Besitz noch weitere 500 000 000 Mark schenkt!

Die bürgerlichen Mittelparteien einen Antrag durchzubringen, der die Abfindung der Fürsten durch ein Sondergericht entscheiden lassen. Die deutsche Arbeiterschaft hat im Laufe der Jahre bittere Erfahrungen mit den Gerichten gesammelt. Die politischen und wirtschaftlichen Fragen hat die deutsche Arbeiterschaft kein Vertrauen zu unsern Berufsrichtern in ihrer großen Mehrheit wirtschaftlich wie rechtlich reaktionär eingestellt sind. So wenig wie die Abfindung der ehemaligen Fürsten und die Ausnutzung der Inflation eine Frage des „formalen Rechts“ ist und nicht durch Richter entschieden wurde, so wenig kann die Abfindung der ehemaligen Fürsten von gelehrten auf Grund eines veralteten Rechts vorgenommen werden.

Man kann nur das Volk selbst entscheiden! Der Staat allein, wie er bereit ist, die Frage: Monarchie oder Republik zu entscheiden hat, muß auch die Frage entscheiden, ob die davongelaufenen oder davongelagerten Fürsten

zum Dank für ihre Unfähigkeit und ihr Nichtstun auch noch mit Milliardenwerten abgefunden werden sollen.

Wie sich die Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften für die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürsten ausgesprochen haben, so müssen auch die gesamten Mitglieder jetzt ihr Votum abgeben. Sie müssen darüber hinaus auch auf ihre unorganisierten Kollegen und Kolleginnen in den Werkstätten und Büros, in den Fabriken und auf den Baustellen einwirken, damit auch sie sich in die Listen für das Volksbegehren eintragen. Es ist um so notwendiger, daß gerade in den Städten das Proletariat bis zum letzten Mann und bis zur letzten Frau sich in die Listen für das Volksbegehren eintragen läßt, weil auf dem flachen Lande und in den Kleinstädten ein außerordentlicher Terror gegen das Volksbegehren ausgeübt wird.

Alle Gewerkschafter haben ein Interesse daran, daß das Volksbegehren bis zum siegreichen Volkentscheid durchgeführt wird. Sie haben deshalb auch die Pflicht, mit allen Kräften für das Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten zu wirken.

#### 25 Jahre internationale Gewerkschaftsbewegung.

Am 21. August 1901, gelegentlich des in Kopenhagen abgehaltenen skandinavischen Arbeiterkongresses, traten die dort anwesenden Vertreter der Gewerkschaftszentralen von Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Norwegen und Schweden zusammen, um über die Möglichkeit eines engeren Zusammenschlusses zu beraten. Man einigte sich dahin, von internationalen Gewerkschaftskongressen abzusprechen und statt dessen regelmäßig Konferenzen der leitenden Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen abzuhalten. Diese Konferenzen sollten stets mit dem Gewerkschaftskongress des Landes, in dem man tagte, verbunden werden. Es wurde denn auch beschlossen, die nächste Konferenz im folgenden Jahre gelegentlich des deutschen Gewerkschaftskongresses in Stuttgart abzuhalten.

Der oben erwähnten Kopenhagener Konferenz waren von englischer Seite einige vereinzelte Versuche eines internationalen Zusammenarbeitens vorausgegangen. Im Jahre 1888 nahm eine Vertretung des vom englischen Gewerkschaftskongress eingesetzten parlamentarischen Komitees an einem Kongress der französischen Arbeiterpartei in Paris teil und 1888 berief dasselbe Komitee einen internationalen Kongress nach London ein. Dieser wurde von 116 Delegierten besucht, von denen die Hälfte Engländer waren. Es gelangten folgende Fragen zur Behandlung: 1. Schwierigkeiten in der Durchführung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses in anderen Ländern. 2. Beste Organisationsmethoden in den verschiedenen Ländern. 3. Beschränkung der Produktion durch Verkürzung der Arbeitszeit. 4. Regelung der Arbeitszeit. Im Jahre 1898 fand in London ein Internationaler Sozialisten- und Gewerkschaftskongress statt, an dem auch Anarchisten teilnahmen. Diese Teilnahme hatte zur Folge, daß auf dem nächsten englischen Gewerkschaftskongress der Beschluß gefaßt wurde, zu solchen Kongressen nur Delegationen zuzulassen, die die gleichen Grundzüge vertreten wie die englischen Gewerkschaften.

Ein weiterer Versuch, eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, wurde von den französischen Gewerkschaften unternommen, die auf einem am 17. und 18. Dezember 1900 in der Pariser Arbeitsbörse abgehaltenen internationalen Kongress die Errichtung eines internationalen Arbeitssekretariats und damit die Gründung einer Internationale der Arbeiter in die Wege zu leiten versuchten. An diesem Kongress nahmen außer den Franzosen einige englische, italienische und schwedische Vertreter teil. Angesichts der ungenügenden Beteiligung wurde von der Errichtung des Sekretariats Abstand genommen und statt dessen die französische Gewerkschaftszentrale beauftragt, mit den Gewerkschaften der anderen Länder in Verbindung zu treten und ihre Ansichten über die Einberufung eines neuen internationalen Kongresses einzuholen.

Da weder die englischen noch die französischen Versuche zu einem organisatorischen Zusammenschluß geführt haben, muß die Kopenhagener Konferenz des Jahres 1901 als Ausgangspunkt der internationalen Gewerkschaftsbewegung betrachtet werden, so daß die Feier des 25-jährigen Bestehens in dieses Jahr fällt.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat denn auch beschlossen, den Gründungstag zu feiern und ihn vor allem dazu zu benutzen, für die Gewerkschaftsbewegung Propaganda zu machen und auf die Notwendigkeit des internationalen Zusammenschlusses der Arbeiterklasse hinzuweisen. Aus Zweckmäßigkeitsgründen soll indessen die Gedenkfeier nicht am 21. August stattfinden, sondern am dritten Sonntag im September. In einer der Feier vorangehenden Agitationswoche soll in den verschiedenen Ländern auf Grund der national erprobten Methode Propaganda für die Gewerkschaften gemacht und eine Frage in den Vordergrund gestellt werden, an der die Arbeiter der ganzen Welt, ob organisiert oder unorganisiert, auf das lebhafteste interessiert sind: Der Kampf um die Einführung oder Wiedergewinnung des Achtstundentages.

Das Sekretariat des I.G.B. wurde beauftragt, unter dem Auf: Zurück in die Gewerkschaften — zum Kampf für den internationalen Achtstundentag! die Propaganda zu führen und den Landeszentralen und internationalen Berufssekretariaten Material zur Verfügung zu stellen. Ferner wurde der Auftrag zur Herausgabe einer Broschüre erteilt, die in kurzen Zügen die Entwicklung der internationalen Gewerkschaftsbewegung von 1901 bis 1926 zeigen soll.

Es ist zu hoffen, daß diese Propagandatätigkeit des Jahres 1926 in allen Ländern zu einer Erklarung der Gewerkschaftsbewegung führen wird. Joh. Sassenbach.

#### Das Kartellwesen und die Konsumvereine.

Wenn in Vorkriegszeiten in sozialistischen Kreisen die Auffassung vorhanden war, daß die Wirtschaftskonzentrationen der Industriekartelle und Syndikate ein vorgeschrittenes Stadium des Kapitalismus bedeuten und sozusagen als letzte kapitalistische Stufe vor dem Übergang ins sozialistische Zeitalter bewertet wurden, so hatte diese Auffassung eine gewisse Berechtigung. Denn tatsächlich wurde die fortschreitende Technik vornehmlich in den syndikatisierten Industrien zur Anwendung gebracht, um mit einem Mindestmaß an sachlichen Produktionskosten ein Höchstmaß von Leistung und Umsatz, und dementsprechend Gewinn zu erzielen. Nebenher auch, um die damals zahlreichen Außenleiter entweder niederzukurrieren oder zum Anschluß zu zwingen.

Seit dem Kriege und besonders während der letzten Krisenjahre ist dies ganz anders geworden. Man weiß allgemein, daß die Kartelle und Syndikate nur noch die Aufgabe haben, auch den technisch zurückgebliebensten Industrien die Gewinne zu sichern, die ehemals nur durch Steigerung der Produktion auf Grund technischer Fortschritte zu bekommen waren. Deshalb die Industriekonzerne ganz allgemein zum stärksten Hemmschuh für den Preisabbau und sozialen Fortschritt geworden sind.

Ein schlagendes Beispiel rückständigster Produktions- und Preispolitik lieferte kürzlich das ungarische Zündholzkartell im Kampfe mit der Genossenschaftszentrale „Gangha“ in Budapest. Deren konsumgenossenschaftliche Zündholzfabrik eroberte sich allmählich in steigendem Maße die Gunst der genossenschaftlichen Mitgliederkreise, wie auch der allgemeinen Volksmasse. Dies hatte seinen einzigen Grund in der Qualitätsleistung der Genossenschaftszentrale mit entsprechend niedrigen Preisen, die durch einen kolossalen Umsatz ermöglicht wurden.

Das kapitalistische Zündholzkartell konnte dagegen mit normalen Mitteln nicht mehr aufkommen, denn es umfaßt — wie deutsche Industriekartelle — neben Fabriken mit hoher Leistungsfähigkeit Betriebe, die minderwertige Ware erzeugen. Seiner Organisation gemäß muß jedoch das Kartell, um sämtliche angeschlossenen Betriebe zu beschäftigen, neben der hochqualifizierten Ware auch die minderwertige der schlechter organisierten Betriebe absetzen. Der Wunsch, stets die gleich gute Qualität beziehen zu können, verurteilte aber die starke Nachfrage nach den Zündhölzern der Genossenschaftszentrale.

Das Kartell verfuhr nun auf verschiedene Weise die genossenschaftliche Zündholzfabrik zu bekämpfen. So als die genossenschaftliche Zündholzfabrik durch den Druck der sich stets vermehrenden Aufträge sich genötigt sah, eine Erweite-



ung der Fabrik vorzunehmen und zu diesem Zwecke bei einer Maschinenfabrik Deutschlands die notwendigen neuen Maschinen bestellte, versuchte das Bündholzartell, die Herstellung dieser Maschinen zu hinterziehen. Erst nach Eingriff des ungarischen Handelsministeriums gelang es der Bündholzfabrik der „Gangha“, die Ausführung des Auftrages durchzusetzen. Infolge der Aufstellung der neuen Maschinen konnte die Produktion gesteigert werden. Am 1. September vorigen Jahres setzte die genossenschaftliche Bündholzfabrik den bisher unantastbaren Kartellpreis von 41 000 Kronen pro hundert Schachteln auf 39 000 Kronen herab, und das Kartell mußte seine Preise nun auch erniedrigen. Wenn man beachtet, daß die Produktion der genossenschaftlichen Bündholzfabrik schon im Jahre 1924 einen Wert von über 12 Milliarden Kronen (etwa 720 000 M) betrug, so ergibt sich für den Gesamtbedarf der Bevölkerung an diesem Heizen, aber notwendigen Requisite für die Entflammung aller Brennbaren eine Ersparnis von mindestens 500 000 bis 600 000 M in einem Jahre. Aber wichtiger als diese Ersparnis bleibt die Tatsache, daß ein Produktionskartell von einem Konsumentenkartell geschlagen wurde. Und zwar durch die volkswirtschaftlich bessere Leistung in Qualität und Preis.

Diese Tatsache muß uns um so mehr Grund zum Denken und Handeln geben, als auch in Deutschland eine Konsumgenossenschaftliche Bündholzfabrik existiert, die, mit allen technischen Errungenschaften vollkommen neuzeitlich ausgestattet, einen stillen, aber außerordentlich zähen Kampf mit einem deutschen Bündholzartell zu führen hat. Und in ganz anderer Form, als er in Ungarn geführt werden mußte. Zwar ist die Qualität der genossenschaftlichen Bündholzproduktion der privatkapitalistischen unbedingt überlegen, aber seit einem Jahre finden durch das Kartell starke Preisunterbietungen statt, die auf Grund normaler Kalkulation nicht aufzufassen können.

Man sucht eben mit — vorübergehend! — niedrigen Kampfspreisen den einzig gefährlichen Gegner der kartellierten Preiswillkür zunächst niederzubiegen, um dann ungestört doppelt und dreifach an den späteren Preisen von den Verbrauchern wieder „hereinzuholen“, was der Kampf gekostet hat. Die Sache sollen auf alle Fälle die Verbraucher bezahlen.

Dieser Preispolitik der Industriekartelle gegenüber gibt es neben der leider sehr fragwürdigen Abwehr auf parlamentarischem Wege nur die restlose Unterstützung der vorhandenen und weiterzuentwickelnden Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion.

Handelt es sich nun um Bündholz, Seifen, Rauchwaren, Konjerven, Nahrungs- und Nährmittelproduktion, um chemisch-technische Produkte usw. usw. — in den Verteilungsstellen der Konsumvereine müssen die Mitglieder in erster Linie die Eigenfabrikate der Großverkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg (Warenzeichen: GGG) verlangen, um sie in den Stand zu setzen, durch stärksten Umfaß auch dem stärksten Industriekartell bei bester Qualität durch niedrige Preise unter allen Umständen die Spitze bieten zu können.

Die Großverkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine, deren Bündholzfabrik den zähen und unerbittlichen Kampf mit dem Gegner auf diesem Gebiet zu bestehen hat, bildet mit ihren angeschlossenen über 1000 Konsumvereinen als Gesellschafter den einzigen, positiv, weil praktisch durch die genossenschaftliche Eigenproduktion wirkenden Verbraucherschutz gegen kartellierte Preiswillkür.

Daraus die entsprechenden Folgerungen gezogen werden müssen.

### Das schaffende Volk.

Das schaffende Volk ist das lebendige Volk, das Werte schafft. Nicht jedes Tun ist Schaffen. Wer da Berge von Sand mühsam von der einen Stelle zur andern schleppt und von der andern zur einen zurück, der ist tätig und fleißig, aber kein Schaffender. Schaffen verlangt einen Sinn. Es strebt zu einem Ziele; aber zu einem Ziele, das im Schaffen selber begründet ist.

Gewiß mag mancher einzelne auch schaffen für sich. Doch schaffendes Volk ist Volk, das Werte schafft für die Gesamtheit. Die Gesamtheit ist das Ziel, das in der Arbeit des schaffenden Volkes begründet liegt. Und wenn der Kapitalismus den Weg zu diesem Ziele auch verbietet, wenn er den Weg auch im Bogen, über den Profit hinweg, zum Ziele der Gesamtheit leitet: Volk schafft für die Gesamtheit. Volk kann den Weg seiner Produkte zwar im Heute noch nicht hindern; aber des schaffenden Volkes Seele drängt zum geraden Wege zu der sozialen Höhe der Gemeinjamkeit. Die schaffende Seele gilt dem Volke nur.

Ob der einzelne in der Werkstatt schafft oder am Schreibtische, ob er im Bureau sitzt oder ob er Schiffe über das Meer führt, wer da schafft um des Schaffens willen, aus einem großen sozialen Gefühle heraus, der ist vom schaffenden Volke.

Das Schaffen des Volkes trägt deshalb einen großen genialen Gedanken in sich. Schaffendes Volk ist schöpferisches Volk. So wie zum Schöpferium das selbstlose Angehen in dem Werke gehört, so gehört auch zum Wesen des schaffenden Volkes das freie Einverständnis an einen Gedanken, an den sozialen Gedanken der Gemeinjamkeit.

Damit liegt im schaffenden Volke eine große Pflicht zur Gestaltung begründet. Die schaffende Seele drängt zum Ziele der Gemeinjamkeit. Die Seele des schaffenden Volkes verlangt vom Schaffen einen großen sozialen Sinn. Aber die kapitalistische Wirtschaft zwingt das schaffende Volk so oft von dieser großen Auffassung des Schaffens hinweg zum eigenen Kampfe, zum wirtschaftlichen Kampfe um die Existenz. Um das Ziel der Gemeinjamkeit muß nach gerungen werden. Es strebt die Seele auf zum freien Schaffen eines freien Menschen für ein freies Volk. Aber die bleierne Not drückt die lebende Seele herab. Der erzwungene Kampf um das eigene Recht lähmt den sozialen Schwung.

Deshalb gibt der erzwungene Kampf um das eigene Recht dem sozialen Schwunge Verzerrung. Wer schläft und ruht der kann niemals eine freie Seele fühlen. Der Kampf ist der Freude-träger der Freiheit, und je stärker

der organisatorische Zusammenschluß den Kampf gemacht, um so mehr befreit er den Menschen von all dem Lähmenden, das wirtschaftliche Unterdrückung bedeutet.

Darum darf der wirtschaftliche Kampf um das eigene Recht aber auch niemals Selbstzweck sein. Es muß ein Stück sein der höheren Aufgabe. Er muß sein ein Stück zur sozialen Befreiung des Schaffens. So wie der nicht ein Glied ist des schaffenden Volkes, der nur kapitalistisch denkt und seine Arbeit nur einstellt auf kapitalistische Ziele, so ist auch der kein Glied des schaffenden Volkes, dessen ganzes Sinnen und Denken sich nur um das eigene Ich konzentriert. Der wirtschaftliche Befreiungskampf ist ein Kampf um die Befreiung des schaffenden Volkes, wenn er zugleich die Gestaltung des Lebens zur sozialen Arbeit zum Ziele hat.

Was heute nicht ist, soll morgen werden. Wenn das Wesen des schaffenden Volkes heute noch Streben nach Gemeinjamkeit ist, so soll die Arbeit von morgen wahrer, ungetriebener Dienst an der Gemeinschaft sein. Ohne den Umweg über den Profit soll das ganze Schaffen direkt dem Ganzen gelten. Das ist aber nur möglich, wenn die Gemeinschaft die Trägerin der Wirtschaft ist.

So bindet sich im schaffenden Volke der Kampf um den Tag mit dem Morgen um den neuen Morgen, und nur, wo diese Einheit von Recht und Aufgabe vorhanden, nur da ist das echte großartige Wesen des schaffenden Volkes.

Wo dieses schöpferische Wesen fehlt, da ist nur Vegetieren. Da ist Stillstand. Da ist Dämmerung. Schaffendes Volk ist ein hoher ethisch-sozialer Begriff. Und wenn Menschen tausendmal „schaffen“, es ist nicht das, was wir stolz schaffendes Volk nennen, wenn diese ethisch-soziale Seele fehlt.

Du und wir alle! Und vorwärts, daß Arbeit Menschentum und Freiheit wird! Das ist die schwelende Seele des wahren schaffenden Volkes. Und nur wer sich mit ihm verbunden und zu ihm gehörig fühlt, ist ganzer, großer, freier, schöpferischer Mensch.

### Zur Lage der ungarischen Gewerkschaften.

Nationalversammlung und Regierung in Ungarn, die angeichts der durch Teuerung, Arbeitslosigkeit und mangelnde Sozialpolitik verursachten trostlosen Verelendung ein vollkommenes Abgestumpftsein an den Tag legen, begünstigen geradezu ein gegen die Gewerkschaften betätigtes Kesseltreiben. Reaktionärer, mittelalterlicher Geist wirkt jeder fortschrittlichen Bewegung den Fehdehandschuh hin. Während die Gewerkschaften heute fast überall als wirtschaftliche Faktoren und kulturelle Institutionen anerkannt sind, gilt dies für Ungarn nicht, wo einzelne Ministerien planmäßige Maßregelungen der Gewerkschaften als eine ihrer Hauptaufgaben erachten. Ausgesprochen staatliche Aufgaben fördernde Gewerkschaften werden verfolgt. Die Gewerkschaften kämpfen im Interesse der Arbeiterschaft für die staatsüberseits vollkommen vernachlässigte Hebung ihres geistigen Niveaus. Man scheint ihnen behördlicherseits geradezu deshaß zu großen, weil sie die Arbeiterschaft aus dem Schlamme der Unwissenheit herauszuziehen versuchen, um sie zu sozialen Menschen zu erziehen. Die Gewerkschaften sind in Ungarn noch die einzige Einrichtung, die sich in diesem Lande sozialpolitisch zu betätigen und die schweren staatlichen Unterlassungssünden auszutügelnden versuchen. Nach den Ermittlungen des Gewerkschaftsrats haben die Gewerkschaften in den ersten 10 Monaten vorigen Jahres Unterstützungsgelder in Höhe von 9 Milliarden Kronen ausgezahlt, obwohl diese Hilfsaktion Aufgabe der Nationalversammlung bzw. der Regierung wäre. Die ausländischen Staaten arbeiten zum größten Teil für das Wohl der Bevölkerung mit den Gewerkschaften Hand in Hand, während in Ungarn gerade das Gegenteil geschieht. Die reaktionäre Regierung wirkt beinahe wie eine feindlich gestimmte Arbeitgebervereinigung, die die kulturellen Bestrebungen der Arbeiterschaft um jeden Preis zu hintertreiben trachtet. Sie kämpft gegen die normalen Löhne und gegen den Achtstundentag und ist unter keinen Umständen zur Ratifizierung der Abkommen zu bewegen, die in Genf zustandekamen und heute selbst von den Balkanstaaten angenommen sind. Unter Beifallkundgebungen der Mehrheit wird seitens der Bäckischen, der Agrarier und der Christlichsozialen gegen die Gewerkschaften gehetzt. Anlässlich der Budgetverhandlungen spielte sich unlängst eine wahre Hestkampagne in der Nationalversammlung gegen die Gewerkschaften ab. Die reaktionären Abgeordneten Sajton, Gal, Lendvai, Vician haben sich durch ein mittelalterlich reaktionäres Kampfgedanken besonders hervorgetan. Sie sagelten von der roten Gefahr und versuchten auf jede Weise die öffentliche Meinung irreführend. Ihre Zwischentöne verrieten Unwissen und Unorientiertheit. Diese Dinge werden jedoch von der Regierung nur begrüßt, da sie ihr Gelegenheit zu erneuten Schikanen gegen die organisierte Arbeiterschaft bieten. Jammervolle Zustände! Ungarn ist heute tatsächlich unter den europäischen Kulturstaaten die Hochburg der Reaktion, Italiens würdiger Doppelgänger. Daher auch die ungarischen Ovationen für Italien. In Ungarn gibt es keine Vereine, keine Versammlungs- und keine Pressefreiheit. Alles hängt von der Willkür der Regierung und der behördlichen Willkür ab, während sich die Unternehmer zum Schutze ihrer Interessen mit größter Bewegungsfreiheit organisieren können. Bei den Budgetverhandlungen traten unsere Gefinnungsfreunde den übelwollenden Angriffen mit größter Energie entgegen und haben im Interesse der sozialen und kulturellen Bestrebungen der Arbeiterschaft eine Fülle von Anträgen eingebracht, die jedoch von der Nationalversammlung samt und sonders verworfen wurden. Es bewahrheitet sich wie kaum wo anders besonders in Ungarn, daß die Arbeiterschaft vollkommen auf sich angewiesen ist. Alle Handlungen der Horthy-Regierung und ihres Parlaments richten sich gegen das Volk. Sie wollen in vollem Umfange das alte feudal-oligarchisch-kapitalistische System wieder einführen, wodurch die arbeitenden Millionen der Willkür von einigen launend Famken preisgegeben wären. Die Arbeiterschaft kann und muß aus diesen reaktionären Bestrebungen lernen, wie wichtig und einschneidend es für sie ist, in Anlehnung an ihre Gewerkschaften und im Interesse der machtvollen Erstarrung derselben mit tausendfacher Intensität zu arbeiten. Je heißer die Treibjagd, um so

größer sei unsere Arbeitsofferbereitschaft, um so freudiger unsere Begeisterung, mit der wir für neue Kämpfe Kräfte sammeln. Wenn die Pflicht und Hingebungen der Bewegung gegenüber ihre Pflicht erfüllen, werden Geber samt ihrer Nationalversammlung und ihrer Führung längst zu moralischen Leichen geworden sein, wo unsere Gewerkschaften, Organisationen und anderweitigen für die Millionen des Volkes wirkenden, machtvolle Volkskultur, Volkswohlfahrt und Freiheit werden. Auf diese Weise und alles Kesseltreiben gegen die Arbeiterschaft sei nur das eine gesagt, daß die ungarischen Gewerkschaften für ihre Erstarrung mit noch größerer Strengung nun erst recht arbeiten wollen. Den Kämpfen gegen Reaktion und Kapitalismus sind auch in Ungarn die Gewerkschaften das einzige Bollwerk, und es alles darangesetzt, sie zu wahren Kampforganisationen gestalten.

### Radierer

Hannover. Das zurückliegende Jahr 1925 war für unsere Sektion der Radierer sehr arbeitsreich. Mehrere Bewegungen in den verschiedenen Branchen und der Aufbau der Organisation machten 80 Veranstaltungen notwendig. In mehreren Betrieben mußten gleich zu Beginn des Jahres Versammlungen abgehalten werden, um unsere Organisation festen Fuß fassen zu lassen. In Wagen- und Karosseriebetrieben wurden 8 Lohnbewegungen durchgeführt. In 28 verschiedenen Sitzungen und Beratungen wurde zu den Verhandlungsergebnissen Stellung genommen. Die letzte Lohnbewegung konnte infolge der Schärfung der allgemeinen Wirtschaftslage nicht mehr günstigen Abschluß gebracht werden. Zu Differenzen bei den Akkordarbeitern der Firma Jacobi, die erst durch Stellung der Akkordarbeit im Tarifvertrag vorgegebene Stimmung bezüglich eines Mehrverdienstes von 20% Akkordarbeiten zur Anerkennung bringen konnten. Das Eingreifen der Organisation wurde eine günstige Wirkung erzielt. Die Lohnbewegungen in der Metallindustrie bei der schlechten Lage dieser Industrie leider nicht hofften Erfolg. Da aber bei der günstigeren Konjunktur der Fahrzeugindustrie unsere Kollegen aus der Metallindustrie abwanderten, sah sich besonders die „Gewa“ veranlaßt, Löhne aufzubessern. — In den Straßenbahnbetrieben es in mehreren Bewegungen nicht nur einer Aufbesserung Löhne, sondern auch die Wiedereinführung des neunten Arbeitstages an Stelle des zehnstündigen zu erreichen. Es gelang uns, in der Metallindustrie den Stundenlohn 11% zu erhöhen; in den Wagenbaubetrieben, in denen stützungs- und Qualitätszulagen mit in den Lohn umgerechnet wurden, betrug die Lohnsteigerung 20% pro Stunde der Straßenbahn hat man sich dem Tarif der Metallindustrie angepaßt. So haben wir zwar im Laufe des Jahres alles erreichen können, was uns vorzuechte, sind aber wieder ein gutes Stück vorwärts gekommen. Das Verhältnisverhältnis war gut und ist auch stabil geblieben, denn unsere Kollegen in großem Maße Kurzarbeiter gar arbeitslos wurden. Von dem guten Geist der Sektion zeigt ihr Verhalten während der achtwöchigen Ausübung bei der „Gewa“, die am 21. Januar dieses Jahres mit günstigen Resultat für die Arbeiterschaft beendet wurde. Den 82 beteiligten Kollegen waren 23 bei uns organisiert. Die Sektion konnte im November 1925 auf ihr Bestehen bestehen zurückblicken. Wenn auch in Zukunft die Sektion ihre Pflicht tun wie bisher, braucht uns nicht bange zu sein. G. Senftenberg

### Was unsern Beruf

Berufsunfall. Am 27. Februar stürzte in Garmisch der Kollege August Kahl vom Dach eines Neubaus und verstarb gleich nach Einlieferung ins Krankenhaus der Unfall passieren konnte, darüber war nichts Näheres erfahren. Der mit dem Kollegen Kahl zusammenarbeitende Unorganisierte, der sich in unmittelbarer Nähe befand, gab an, nicht zu wissen, wieso der Absturz passieren konnte. Die bei der Arbeit gebrauchte Leiter ist zerbrochen und auch nicht abgestützt. Hier ist wieder ein zu bezeichnen, wie gefährlich es ist, wenn die Kollegen verschmähen, den Schutzbestimmungen nachzukommen. In diesem Falle hätte der Verunglückte sich anhalten müssen, dann wäre der Unfall vermieden worden. Mögen die Kollegen sich den bedauerlichen Fall zur Warnung lassen.

Bielefeld. Am 31. Januar tagte unter guter Beteiligung der Kollegen unsere diesjährige Generalversammlung. Kollege Verschuim schilderte den Verlauf der schäfte der Filiale für das verlossene Jahr. Es statt: 18 Versammlungen, 1 Radiererkonferenz und des Metallarbeiterkreises, 9 Vorstandssitzungen und 1 tarifamtssitzung wegen Nichterhaltung des Achtstundentages bzw. der Bezahlung der Ueberstunden. Die vorgeschlossene Filiale Gütersloh hielt 9 Versammlung darunter 1 öffentliche, in der wir den Erfolg hatten mehrere Kollegen dem Verbands zugewandt werden. Wegen Nichtauszahlung der Vergütung für Ferien 3 Klagen anhängig gemacht werden, die zugunsten der Kollegen ausfielen. Dem Kassierer wurde nach seiner richterstattung, da die Revisoren Bücher, Belege und in Ordnung befunden hatten, einstimmig Entlastung teilt. Bei der darauffolgenden Neuwahl wurde der herige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Kollege Schunn wies darauf hin, daß die Versammlungen in diesem Jahre noch besseren Besuch aufweisen müssen, in diesem Jahre eine ernste Lage vor uns haben, der Tarif abläuft. Es liegt an den Kollegen jetzt den letzten Unorganisierten heranzuholen, damit wir den Tarifverhandlungen, wenn sie nicht zu unsern Gunsten ausfallen sollten, geschlossen dastehen. Nach Erlebe einiger interner Filialangelegenheiten richtete der sitzende den dringenden Appell an alle Kollegen, sie rege an allen Arbeiten für den inneren Ausbau der Filiale zu beteiligen. Ganz besonders müsse zur Begründung der Frühjahrszeit jedes Mitglied zur Stärkung und Klärung der Verbandsarbeiten auf dem Posten sein.



**Bahnen (Bauarbeiterkonferenz).** Die Konferenz am Sonntag, 28. Februar, im Volkshaus zu Berlin waren alle Bahnbauarbeiter der Reichsbahn anwesend. Der Bericht lag gedruckt vor. Durch den Vorschlag des Vorsitzenden, wurden die erhaltenen Beschlüsse besonders hervorgehoben. Die Erhöhung des Lohns beträgt gegenüber dem Vorjahre in der Höhe von 11,4% im Metallgewerbe. Als Mindestlohn für die im Holzgewerbe 11,4%, im Bauwesen 8,24% und im Metallgewerbe 6,24%. In der Nähe Einzelbetriebe gelang es, Verbesserungen zu erzielen und Verschlechterungen zurückzuweisen. Das Berufsrecht der Gewerkschaft ist gewachsen, das beweist die unermessliche Mitgliederzahl. Tariflich ist die 48stündige Woche gesichert. Der Gesundheitschutz bei Verarbeitung von Metallen hat weitere Verbesserungen erfahren. Die Erhellung des Versammlungsbereichs zeigt in gelbe es, dafür zu sorgen, daß nicht durch unzulässige Einwirkungen von außen her künstliche Unzufriedenheit der Organisation geschaffen wird, weil dadurch die Organisation im rechten Moment nicht aktionsfähig durch Zweifel an unserer Kraft und unserm guten Willen und fernstehenden Gelegenheiten gegeben wird, sich zu dem vom Kollegen Spranger gegebenen Rat zu wenden, daß die Einwirkungen und Ausgabungen dem Vorjahre sich mehr als verdoppelt haben. Ausgaben erfordere die gegenwärtig mehr als 40% der Arbeitslosenziffer. Nach Erläuterungen einiger Mitglieder wurde von den Revisoren der Revisionskommission ein Antrag auf Entlastung gestellt, der einstimmig angenommen wurde. In der sich anschließenden Aussprache hauptsächlich die vorliegenden Anträge behandelt. Eine Erhöhung und Förderung der Unterstützungsgeldern hinsichtlich der Anträge wurden abgelehnt. Anträge wurden ein Antrag, der sich mit dem weiteren Ausbau der künstlerischen Ausgestaltung des monatlichen Fachblattes der Maler beschäftigt. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Kollege Leipzig sprach dann über die bisherigen zentralen Verhandlungen. Ein Abschluß sei bisher noch nicht zu kommen. Der alte Vertrag bleibt noch in Kraft. Die Erhaltung der Konjunktur werden wir unsere Wünsche durchsetzen können. Im Schlußwort wurde durch den Redner das Ergebnis der Konferenz dahin zusammengefaßt, daß abgesehen von einigen Nebenbei bei allen Teilnehmern der beste Wille vorhanden Organisation weiter zu fördern. Beigefügt stehen Interner in ihrer Organisation gegenüber. Stark greift diesen gegenüberzutreten ist nur durch weitere Erhaltung unserer Macht möglich. Zusammenfassend, nicht sei daher unsere Parole. Der Wohl der Betriebsangehörigen ist größte Aufmerksamkeit zuwenden. Bei der Frühjahrsagitation sind alle Kräfte einzusetzen. Wunsch und der Hoffnung, allen Verschlechterungen erfolgreich entgegenzutreten zu können, schloß Redner mit Beifall aufgenommenen Ausführungen und Konferenz.

**Bauarbeiter**

**Bauarbeiterkonferenz für Baden, Württemberg und die Pfalz** tagte am 28. Februar in Stuttgart im Völkshaus einberufen war. Zweck der Tagung war Besprechungen und Austausch von Erfahrungen sowie und nützliche Aufgabenerlebung der Kontrolle herbeizuführen, sowie eine engere Zusammenarbeit mit den im Bauarbeiterstand tätigen Berufsverbänden und sonstigen interessierten Personen zu erreichen, um in geschlossener Front die Bekämpfung der Berufsgefährden im Bauwesen durch Vertreten waren 168 Delegierte aus den Berufsverbänden und Kontrollorganisationen. Vom Bundesvorstand als Referent anwesend. Die starke Zunahme gerade in den Nachkriegsjahren wurde auf die Bauarbeiterbeschäftigung zurückgeführt. Die Konferenz beschloß eine vermehrte behördliche Überwachung der Bauten zur Innehaltung der Schutzbestimmungen, eine Vermehrung und Erhellung der Befugnisse der Kontrollorgane wie die Herausgabe eines Anleitungs- und Kontrollheftes für dringend erforderlich. Weiter wurde die Konferenz die Landesregierungen auf, an öffentlichen und Berufsschulen sowie bei den Berufsprüfungen den Bauarbeiterstand als besonderes Ziel einzuführen.

**Gewerkschaftliches**

**Arbeiter in den Bäckereien und Konditoreien.** März 1896 wurde vom Bundesrat eine Verfassung, nach der für die Beschäftigten in den Bäckereien und Konditoreien die tägliche Arbeitszeit auf 10 Stunden begrenzt wurde. Für die Lehrlinge war im ersten Jahre die zehnstündige, im zweiten Jahre die zehnstündige und im dritten Jahre die zehnstündige zulässig. Diese Arbeitszeit war auch an Sonntagen und Feiertagen zugelassen. Die Arbeiter in diesem Berufe bedeutete diese Verfassung einen großen Erfolg. Es konnte festgestellt werden, daß die tägliche Arbeitszeit in den meisten Betrieben 16 bis 18 Stunden betrug. 8% aller von der Erhebung erfaßten Betriebe an Sonntagen nicht gearbeitet. Nebel unterzog sich der dankenswerten Aufgabe, die Feststellung in seinem Buche „Zur Arbeiter in den Bäckereien“ auszuführen. Überaus lange Arbeitszeit war nur möglich, weil die Nacharbeit bestand und die Gehilfen und Logis im Hause des Meisters beschäftigt. Solche Verhältnisse zeitigen die grauenhaften Zustände bei den Verpflegungs-

und Wohnungsverhältnissen, und es konnte festgestellt werden, daß die schmutzigsten Böden den Gehilfen und Lehrlingen als Schlafzimmer zugewiesen wurden. Die ansteckenden Krankheiten wüteten furchtbar unter dieser dahinsiechenden Arbeiterschaft. Nebel kam zu folgendem Ergebnis:

Schon allein dieser Umstand sollte die Behörden zwingen, sich mit größter Energie der Untersuchung von Arbeitsweisen zu widmen, die mit dem Wohle der Allgemeinheit aufs engste verknüpft sind. Auf die Frage, an

**Wer leidet Not?**

Die deutschen Fürsten besitzen ein ungeheures Vermögen. Außerdem erhalten sie von der deutschen Republik

	Jährlich	Jährlich
Wilhelm II. in Dorn	600 000 M.	1670 M.
Der Großherzog von Mecklenburg	390 000	1100
Der Herzog von Meiningen	495 000	1400
Die Großherzogin von Weimar	100 000	280
Ein pensionierter General	18 000	50
Ein 30prozentiger Kriegsverletzter	100	27
Ein Arbeitsloser mit Familie	750	250
Ein Arbeitsloser ohne Familie	360	122

**Es beziehen weiter Rente**

	Jährlich
Die Königinwitwe von Württemberg	36 000 M.
Die Wittner	40 000
Der Herzog von Braunschweig	75 000
Die Fürstin-Witwe von Schwarzburg	38 000
Die Nebenlinie Lippe-Weisensfeld	30 000
Die Prinzessin Thessa von Schwarzburg	12 000

Auf der gleichen Höhe bewegen sich die Bezüge der andern ehemaligen Fürsten. Sie erhalten diese gewaltigen Summen, ohne jemals einen Handstreich nützliche Arbeit verrichtet zu haben. Dessenungeachtet sind sie nicht zufrieden. Die Gabsucht der gekrönten Nichtstuer kennt keine Grenzen. Sie wollen noch mehr, noch viel mehr haben. Insgesamt fordern sie:

Land- und Forstbesitz im Werte von 1 000 000 000 M.	
Schlösser	500 000 000
Nutzungsgrundstücke	200 000 000
Jahresrenten und Kapitalien	100 000 000
Kunstschätze, Gold, Silber usw.	500 000 000
Kapitalvermögen	300 000 000
<b>Insgesamt</b>	<b>2 600 000 000 M.</b>

Würden den Fürsten ihre Forderungen bewilligt, eine starke Armee deutscher Arbeiter hätte ständig nur für die fürstlichen Nichtstuer zu fronen. Wir meinen, die Fürsten hätten nun lange genug am Marke des Volkes gefressen. Wir halten dafür, daß die Riesensummen, die die Gekrönten verprassten und noch fordern, den wirklich Notleidenden, den Opfern der Krise und des Krieges zuzulassen. Dies ist aber nur durch den Volkseinsatz zu erreichen. **Der erste Schritt zur Enteignung der Fürsten ist das Volksbegehren. Unterstützt es! Zeichnet euch in die Listen ein!**

welchen Krankheiten in der Hauptsache die Gehilfen leiden, wurde bemerkt: Stets in erster Linie an Lungenerkrankheiten oder auch an Brustkrankheiten, zwei Weisungen, die im Volksmunde für Schwindsucht, Franke allgemein üblich sind. Nach unserer Ueberzeugung läßt sich eine Organisation im Bäckergewerbe schaffen, wonach sowohl die eigentliche Nacharbeit wie die Sonntagsarbeit sich als unnötig erweisen.

Diese furchtbare Anlage, die sich im Reichstag noch fortsetzte, zwang die Regierung zum Eingreifen und zum Erlaß der Bundesratsverordnung. Die Unternehmer spien Gift und Galle über die einschränkenden Bestimmungen in ihrer Ausbeutungsfreiheit. Doch die Gewerkschaft schützte die Verordnung und erreichte im zähen Kampfe die Anerkennung und Durchführung. Und durch ihr Eingreifen mußten sich auch die Aufsichtsbehörden bequemen, ihre Kontrolltätigkeit in den Bäckereien und Konditoreien schärfer zu handhaben.

Seit dieser ersten Arbeiterschutzverordnung hat sich viel im Bäder- und Konditorgewerbe geändert. Die Technik hat auch in diesem handwerksmäßigen Beruf Eingang gehalten. Die Beschränkung der Arbeitszeit wurde später erweitert auf die zehnstündige Sonntagsarbeit und den Erlaß von Vorschriften über die innere Einrichtung der Betriebe. Es wurden die beruhtigten Kellerbäckereien verboten und sonstige Bestimmungen hinsichtlich der sanitären Zustände in den Betrieben erlassen. Während des Krieges, 1916, erfolgte das Verbot der Nacharbeit, und im Jahre 1918 wurde in der noch bestehenden Verordnung vom Rate der Volksbeauftragten die achtstündige tägliche Arbeitszeit und das Verbot der Sonntagsarbeit festgelegt.

Die gewerkschaftliche Organisation der Bäder- und Konditorgehilfen leistete innerhalb der 30 Jahre eine schier unermessliche Arbeit für die Anerkennung und Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen. Immer wieder versuchten die Unternehmer in ihrer Organisation die Aufhebung der Verordnung zu erreichen. Sie protestierten auf ihren Verbandstagen, noch bis zum Kriegsausbruch, in der Hoffnung, doch noch Gehör bei der Regierung zu finden. Das Wichtige dieser Bestrebungen haben die Gehilfen der großen Unterstützung der Gewerkschafts- und Partei-

genossen zu verdanken. Sie wissen auch, daß sie nur als Glied der großen Arbeiterbewegung sich ihre sozialpolitischen Errungenschaften sichern können und bleiben in dieser Erkenntnis der großen Sache treu.

Für die berufliche Ausbildung und Aufklärung ihrer Mitglieder und Lehrlinge haben die Gewerkschaften sich stets eingesetzt und ganz besonders in den letzten Jahren außerordentliches auf diesem Gebiete geleistet. Auch der Verband der Dachbedeker hat durch seinen „Jungdachbedeker“ und durch sein Verbandsorgan zur Hebung des Berufes vorzügliche Aufklärungs- und Erziehungsarbeit geleistet und sich für die Bearbeitung des fachlichen Teils bemüht, einen tüchtigen Mitarbeiter zu gewinnen. Nun ist dieser Mitarbeiter aber Gewerkschafter und in dieser Stellung von den Innungsdachbedekern abhängig. Den Herren Zünftlern pakte es nun nicht, daß ihr Gewerkschafter auch für die Dachbedekergewerkschaft artikel schreibt, darum haben sie dem Herrn Gewerkschafter Jungblut in Fragen verboten, künftighin für die „Dachbedekerzeitung“ weitere Fachartikel zu liefern. Und solches Zünftlertum nennt sich „Netter des Handwerks“.

**Sozialpolitisches**

**Künstlich herbeigeführte Arbeitslosigkeit — Sabotage in der Wirtschaft.** Die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg wurde im Oktober vorigen Jahres von der Stadt München eingeladen, sich an einem Auftrag neuer Straßenbahnwagen zu beteiligen. Am 28. Oktober 1925 schrieb die Firma an die Stadt München, wie wir der „Deutschen Techniker-Zeitung“ entnehmen, unter anderem: „So, wie heute die Sache bei uns liegt, sind wir zur Zeit noch auf verschiedene Monate hinaus beschäftigt, alle Aufträge aufzuarbeiten. Wir müßten infolgedessen verhältnismäßig lange Liefertermine in Aussicht nehmen und auch ziemliche Preisreserven für die Zukunft einrechnen. Unter diesen Umständen glauben wir, ein besonders vorteilhaftes Angebot nicht abgeben zu können, weshalb wir Abstand nehmen möchten, uns an dem Ausschreiben zu beteiligen.“ Als die Firma diesen Brief schrieb, wurden von ihr 800 Arbeiter und 25 Angestellte der Abteilung Wagenaubau gekündigt. Jetzt folgen weitere 174 Angestellte, denen sich am 1. April noch 200 Angestellte anschließen. Im Augsburger Werk dieser Firma sollen ebenfalls 250 Angestellte zur Entlassung kommen. Also beinahe 1000 Personen werden auf der einen Seite auf das Straßenpflaster geworfen und auf der andern Seite lehnt die Firma es ab, sich an einem Auftrag zu beteiligen. Das ist künstlich herbeigeführte Arbeitslosigkeit und Sabotage am Aufbau der Wirtschaft!

**Attienkurse und Gewerkschaftsziffern.** Die Kurse der deutschen Aktienpapiere gehen seit Jahresanfang stark in die Höhe. Wenn auch die sprunghafte Steigerung sich in den letzten Wochen verminderte, so ist doch die Lässigkeit zu bezweifeln, daß die Kurse an der Börse von Anfang Januar bis Ende Februar nach den Meldebahnen der „Frankfurter Zeitung“ von 58,81 bis 72,81 emporstiegen. Die Zahl der unterstützten Gewerkschaften erhöhte sich vom Januar bis zum 15. Februar von 1498 681 auf 2 069 000. Die Aktienkurse konnten sich um rund 25% verbessern in einer Zeit, wo die Arbeitsmarktlage sich um 37% verschlechterte. Ein holländeter Widerspruch, der nur dadurch erklärlich scheint, daß das Börsenpublikum trotz alledem auf eine gute Verzinsung der Aktienpapiere rechnet. Namenloses Geld auf der einen und gute Dividendenhoffnungen auf der andern Seite. Die kapitalistische Wirtschaft in ihrer vollen Glorie!

**Der Lohn als der einzig bewegliche „Kostenfaktor“.** Nach dem Wunsche der Unternehmer sollen trotz der hohen Lebenshaltungskosten vorerst die Löhne herabgesetzt werden, um dadurch zum Preisabbau und zur Hebung der Ausfuhr zu gelangen. Warum nur die Löhne? Dr. Rieder begründet dies in der „Deutschen Wirtschaftszeitung“ in einem Aufsatz über die Löhne, wo er im übrigen auf Grund der statistischen Feststellungen von „Wirtschaft und Statistik“ darüber berichtet, daß die Wochenreallohn der gelernten Arbeiter, nach dem amtlichen Lebenshaltungsindezes gerechnet, in den Monaten Mai bis Juli um 11,8%, der Ungelernten um 5,6% hinter den Vorkriegsreallohn standen. Seine Beweisführung steht nicht vereinzelt da, sondern pflegt sich zu wiederholen, weshalb es lohnend ist, sie hier mitzuteilen:

„Ob die Steuern oder die Eisenbahnfrachten oder die sozialen Abgaben schuld daran sind — so schreibt er —, daß unsere Waren zu teuer sind, unsere Ausfuhr zurückgeht und die Handelsbilanz passiv ist, ist schließlich gleichgültig; alle zusammen sind jedenfalls zu hoch. Die Steuern sind durch die eben verabschiedete Gesetzgebung auf längere Zeit festgelegt, das gleiche gilt von den sozialen Abgaben, die nahezu in jeder Reichstagsession Erhöhungen erfahren, die Kreditzinsen werden durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage bestimmt, und Angebot und Nachfrage sind in unserer kapitalarmen Wirtschaft von Faktoren abhängig, auf die wir nur geringen Einfluß haben, und die Eisenbahn endlich ist durch das Londoner Reparationsabkommen so belastet, daß sie behauptet, nennenswerte Tarifermäßigungen nicht vornehmen zu können, und die immerhin beträchtlichen Ueberflüsse, die sie erzielt und die allenfalls zur Verbilligung der Frachten verwendet werden könnten, wollen die Reichsbahnarbeiter unter Kampfandrohungen zu Lohnerhöhungen verwenden wissen. Unter all diesen in der Hauptsache starren Faktoren der Produktionskosten ist der Arbeitslohn der einzig bewegliche; ob er oder die andern Faktoren an der Uebersteuerung der deutschen Waren schuld ist, ist unerheblich; von Bedeutung ist nur, daß er unter Berücksichtigung der übrigen, für längere Zeit feststehenden Kosten zu hoch ist, daß er nicht ohne schwere Gefahren für die Gesamtwirtschaft weiterhin erhöht werden kann.“

Also müssen die Löhne als „einzig beweglicher Kostenfaktor“ zum Preisabbau herhalten. Daß die Gewinne, vor allem die Kartellgewinne, ebenfalls bewegliche Größen darstellen, darüber schweigt der Verfasser. Wie steht es aber



